

Einwohnergemeinde 4852 Rothrist

Referendumsbegehren

Die unterzeichneten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Einwohnergemeinde Rothrist verlangen, gestützt auf § 31 des Gemeindegesetzes, dass der nachstehende, an der ausserordentlichen Einwohnergemeindeversammlung vom 4. März 2021 gefasste Beschluss der Urnenabstimmung unterstellt wird (Gegenantrag zum Antrag des Gemeinderates):

Für das Projekt "**Wiggertalstrasse Abschnitt Nord mit flankierenden Massnahmen**" werden 3 Verpflichtungskredite (Gemeindebeiträge) bewilligt, nämlich:

1. Ein Grundkredit von CHF 6'100'000 (inkl. MWSt), zuzüglich allfällige Teuerung
2. Ein Zusatzkredit von CHF 1'700'000 (inkl. MWSt), zuzüglich allfällige Teuerung für den Fall, dass die vom Bund in Aussicht gestellten Beiträge nicht zur Verfügung stehen.
3. Ein Zusatzkredit von CHF 2'924'000 (inkl. MWSt), zuzüglich allfällige Teuerung für den Fall, dass die vorgesehene Reduktion des Gemeindebeitrages an den kantonalen Strassenbau von 48% auf 35 % im Gesetz nicht umgesetzt wird.

Die Bewilligung dieser 3 Kredite ist an folgende Bedingung gebunden: Mit der Umsetzung (Landkauf, Baubeginn) der im Projekt vorgesehenen "flankierenden Massnahmen" darf erst begonnen werden, wenn sichergestellt ist, dass ohne zusätzliche Kostenfolgen für die Gemeinde Rothrist im Raume des heutigen Kreisels "IBIS" Massnahmen getroffen werden, die bewirken, dass spätestens ab Vollendung der "flankierenden Massnahmen" der in diesem Raum anfallende zusätzliche Verkehr in der Regel problemlos absorbiert werden kann.

(Bitte handschriftlich und gut lesbar ausfüllen)

Nr.	Name	Vorname	Jahrgang	Adresse (Strasse, Hausnummer)	Unterschrift
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					
13					
14					
15					
16					
17					
18					
19					
20					

Hinweis: Es macht sich strafbar, wer unbefugt an einem Initiativ- oder Referendumsbegehren teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Initiative oder ein Referendum fälscht (Art. 282 StGB) oder bei einer Unterschriftensammlung für eine Initiative oder ein Referendum besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 StGB).

Rechtliche Bestimmungen zu Referendum und Initiative in Gemeinden

Auszug aus dem kant. Gesetz über die politischen Rechte (GPR) vom 10. März 1992:

§ 62a Allgemein

¹ Soweit die nachstehenden Bestimmungen keine Abweichungen enthalten, kommen in Gemeinden mit Gemeindeversammlung [...] die Vorschriften in den §§ 43, 45, 46 Abs. 2 und 3 sowie 54 Abs. 2 sinngemäss zur Anwendung.

§ 62b Form

¹ Initiativ- und Referendumsbegehren kommen durch Sammlung von Einzelunterschriften auf Unterschriftenlisten (Bogen, Blatt, Karte) zu Stande. Diese haben folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Wortlaut des Begehrens;
- b) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer unbefugt an einem Initiativ- oder Referendumsbegehren teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Initiative oder ein Referendum fälscht (Art. 282 StGB) oder wer bei einer Unterschriftensammlung für eine Initiative oder ein Referendum besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 StGB).

§ 62c Inhalt

¹ Das Initiativbegehren kann jeweils nur einen einzelnen, in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten an der Urne, der Gemeindeversammlung oder des Einwohnerrats fallenden Gegenstand zum Inhalt haben.

² Das Referendumsbegehren darf sich nur gegen einen einzelnen Beschluss der Gemeindeversammlung [...] richten, muss denselben eindeutig bezeichnen und darf keine Bedingungen enthalten.

§ 62d Unterschriftenzahl

¹ Massgebend für die Berechnung der erforderlichen Unterschriftenzahl ist die Zahl der Stimmberechtigten am Tag der Hinterlegung des Initiativ- oder Referendumsbegehrens bei der Gemeindekanzlei.

§ 62e Hinterlegung

Vor Beginn der Unterschriftensammlung für ein Initiativ- oder Referendumsbegehren ist die Unterschriftenliste bei der Gemeindekanzlei zu hinterlegen.

§ 62f Einreichung, Rückzug

¹ Die Unterschriftenlisten eines Referendums- oder Initiativbegehrens sind der Gemeindekanzlei einzureichen. Sie stellt den Zeitpunkt des Eingangs fest, vermerkt diesen auf den Listen und prüft die Stimmberechtigung der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner.

² Die Unterschriftenlisten eines Initiativbegehrens sind spätestens 12 Monate nach der Hinterlegung einzureichen.

³ Ein Initiativbegehren kann vom Initiativkomitee bis zur Festsetzung der Urnenabstimmung zurückgezogen werden.

§ 62g Feststellung des Zustandekommens, Veröffentlichung

¹ Der Gemeinderat stellt fest, ob das Referendums- oder Initiativbegehren den gesetzlichen Anforderungen entspricht, die vorgeschriebene Anzahl gültiger Unterschriften aufweist, und erklärt es gegebenenfalls als zu Stande gekommen.

² Das Ergebnis der Prüfung sowie die Zahl der gültigen und ungültigen Unterschriften sind im amtlichen Publikationsorgan zu veröffentlichen.

§ 46 Einreichung des Referendums, Vernichtung der Unterschriftenlisten

¹ Das Referendumsbegehren ist innerhalb der Referendumsfrist [...] einzureichen.

² Eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht zurückgegeben und können nicht eingesehen werden. [...]

³ Der Rückzug eines Referendumsbegehrens ist nicht zulässig.

§ 43 Unterschrift

¹ Die Stimmberechtigten müssen ihren Namen handschriftlich und leserlich auf die Unterschriftenliste setzen sowie zusätzlich ihre eigenhändige Unterschrift beifügen. Schreibunfähige können die Eintragung ihres Namens durch eine stimmberechtigte Person ihrer Wahl vornehmen lassen.

² Sie müssen alle weiteren Angaben machen, die zur Feststellung ihrer Identität nötig sind, wie Vornamen, Jahrgang, Adresse.

³ Sie dürfen das gleiche Referendumsbegehren nur einmal unterschreiben

Auszug aus der kant. Verordnung zum Gesetz über die politischen Rechte (VGPR) vom 25. November 1992:

§ 41a Veröffentlichung

¹ Der Urnenabstimmung unterstehende Beschlüsse hat der Gemeinderat unverzüglich unter Angabe des Ablaufs der Referendumsfrist zu veröffentlichen.

² Vor Beginn der Frist für ein Referendumsbegehren dürfen keine Unterschriftenlisten unterzeichnet werden.

HINWEIS

Diese Seite ist nicht Bestandteil des Referendumsbogens.
Sie kann aber zu Informationszwecken auf die Rückseite gedruckt werden.
Massgebend ist immer der offiziell publizierte Gesetzestext.